

A3NEU 6. Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.5. Kapitel 3 - Wirtschaft & Finanzen

Text

Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung

Wirtschaft

Grüne Wirtschaftspolitik ist sozial und nachhaltig. Wir setzen nicht isoliert auf die Maximierung von Wirtschaftswachstum, sondern auf das Gesamtwohl von Mensch und Natur und auf Wohlstand für alle. Wir wollen Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen und orientieren uns auch in Lübeck an der Grünen Vision einer sozialen, ökologischen und florierenden Wirtschaft, denn nur gesunde und rentable Unternehmen können die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaftsweise gestalten und finanzieren.

Lübecks Wirtschaft fördern und fordern

Lübecks Wirtschaft ist sehr breit aufgestellt und beinhaltet sowohl herausragende Großunternehmen, Cluster in den Bereichen Ernährung, Logistik und Gesundheit als auch eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Firmen. Wir wollen eine lokale Wirtschaft für unsere Stadt, die das Gleichgewicht von sicheren Arbeitsplätzen, auskömmlicher Bezahlung, klimaschonendem Produzieren und Transport ebenso in den Fokus nimmt, wie den Mitarbeiter*innen ein ausgeglichenes Verhältnis von Arbeit und Leben zu ermöglichen. Verantwortungsvolle Unternehmen, die sich an diesen Zielen zur Förderung des Gemeinwohls orientieren, sollen besonders unterstützt werden.

Wir werden Lübecks Wirtschaft insbesondere bei den für sie drängenden Themen Mitarbeiter*innen- und Fachkräftegewinnung, Infrastruktur und eine effiziente Bereitstellung städtischer Dienstleistungen unterstützen. Der Standort Lübeck bietet durch seine hervorragende Lebensqualität und Lage in der Nähe von Hamburg und Ostsee sehr gute Ausgangsbedingungen im Wettbewerb um gute Mitarbeiter*innen. Dies wollen wir fördern durch Anstrengungen für ein lebenswertes Lübeck und den dafür notwendigen Wohnraum und Infrastruktur, aber

auch durch die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen, die besonders darauf abzielen, die Lübecker Unternehmen bei Behördengängen und Bewältigung der bürokratischen Anforderungen von neu angeworbenen Mitarbeiter*innen, insbesondere bei Zuzug qualifizierter Mitarbeiter aus dem Ausland, zu unterstützen.

Wir fordern von den Lübecker Unternehmen den notwendigen Beitrag zur Erreichung der Lübecker Klimaziele und werden uns dafür einsetzen, hier ausreichend Beratungsangebote zu schaffen, um diese Transformation zu erleichtern und zu beschleunigen. Gerade bei steigenden Energiepreisen gibt es in Unternehmen zunehmend emissions- und energieeinsparende Maßnahmen, die sich rechnen.

Hafen

Der Lübecker Hafen als einer der größten im Ostseeraum ist eine Stütze der Lübecker Wirtschaft, der durch seine ökologischen Herausforderungen eine wichtige Rolle spielt bei unseren Bemühungen, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen.

Die Dekarbonisierung des Lübecker Hafens ist uns entsprechend ein wichtiges Anliegen, deren erste Fortschritte wir beschleunigen möchten. Die Installation der ersten Landstromanlagen ist ein erster wichtiger Schritt. Jetzt gilt es, eine verbindliche Nutzung von Landstrom oder anderer, regenerativer Energiequellen anzustreben, die einen emissionsfreien Aufenthalt im Lübecker Hafen gewährleisten und die Emissionsbelastung für Travemünder*innen und Gäste reduzieren. Zudem wollen wir frühzeitig in regenerative Schiffstreibstoffe und entsprechende Pilotprojekte investieren. Eine Umstellung der Betriebsgeräte der Hafenbetreiber auf eine regenerative Energieversorgung wird ebenfalls dazu beitragen, das Ziel eines klimaneutralen Hafens zu erreichen. Der Flächenverbrauch bei der Erweiterung des Skandikais soll auch durch eine Steigerung der Flächenproduktivität, auch durch IT-Einsatz, minimiert werden. Ebenso unterstützen wir Maßnahmen zur Verbesserung des Modal Split-Anteils der Bahn.

Wir werden uns für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der städtischen Hafengesellschaft LHG einsetzen und unterstützen deren Anpassung ihres Geschäftsmodells hin zu einem Universalhafenanbieter, um den Veränderungen der Marktbedingungen Rechnung zu tragen.

Tourismus

Der Tourismus der Zukunft ist nachhaltig. Eine ökologisch wertvolle und nachhaltig bewirtschaftete Ostsee mit einer geschützten Meeresumwelt und ausgeprägter Biodiversität bildet die Grundlage jeglicher touristischen Bewirtschaftung. Um diese Nachhaltigkeit zu erreichen, gibt es viele

Instrumente, etwa eine klimafreundlich gestaltete Mobilität mit gutem ÖPNV-Angebot, regionale Wirtschaftskreisläufe und die Reduzierung von Plastikmüll. Motorisierter Wassersport sollte auf E-Mobilität umgestellt werden, um so Freizeitlärm zu reduzieren und sensible Ökosysteme besser zu erhalten. Nachhaltiger Tourismus sollte durch Förder- und Zertifizierungsprogramme für gastronomische Anbieter*innen unterstützt werden. Wir begrüßen das Programm "unbeschwert unterwegs" eines umlagefinanzierten ÖPNVs für Übernachtungsgäste in Travemünde und werden uns dafür einsetzen, dieses Programm auch auf Übernachtungsgäste im Lübecker Stadtgebiet auszuweiten.

Das Seebad Travemünde ist in den vergangenen Jahren sehr schnell gewachsen und hat die Gästebettenanzahl in dieser Zeit mehr als verdoppelt. Aus unserer Sicht ist es jetzt wichtig, mit weiterem Wachstum innezuhalten und stattdessen den Fokus darauf zu legen, die touristische Infrastruktur und Angebote dem Wachstum der Bettenzahl anzupassen. Wir unterstützen daher den touristischen Kurs des Tourismusentwicklungskonzeptes 2030 (TEK) und wünschen uns eine touristische Entwicklung, die Qualität anstatt Quantität in den Mittelpunkt rückt.

Wir werden uns für eine konsequente Verkehrsberuhigung im Seebad Travemünde einsetzen. Dazu gehört auch die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung. Wir wollen in den Spitzenzeiten ein Park&Ride-Angebot vor Toren Travemündes ausprobieren, damit die Fahrzeuge gar nicht erst nach Travemünde hinein fahren.

In der gesamten Tourismusbranche fehlt es an Arbeitskräften. Ein großes Problem dabei ist der knappe bezahlbare Wohnraum. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das ehemalige Priwallkrankenhaus zu Personalunterkünften umgebaut wird.

Einzelhandel

Der Einzelhandel hat für das Wirtschaftsökosystem in der Innenstadt eine zentrale Ankerfunktion, häufig sind Einkaufsbesuche dort mit Besuchen von Gastronomie, Kultur, Unterhaltung, Ärzten, Anwälten etc.verbunden. Wir unterstützen daher eine Stadtentwicklung, die diese Ankerfunktion berücksichtigt und zur Stärkung des Einzelhandels beiträgt. Wir lehnen den weiteren Ausbau der Einkaufszentren auf der grünen Wiese ebenso ab wie andere Maßnahmen, die zu Marktanteilsverschiebungen dorthin führen. Wir werden auch dafür sorgen, die Einzelhandelsschwerpunkte in den Stadtteilen (z.B. Hanseplatz St. Lorenz Süd, Kücknitz) zu erhalten und zu stärken. Für Schlutup setzen wir uns dafür ein, einen neuen Betreiber für einen zentral gelegenen Verbrauchermarkt zu finden.

Start-ups und GreenTech

Lübeck eignet sich durch seine Universität und Hochschulen, durch seine vorhandene Unternehmenslandschaft und seine Lebensqualität und Attraktivität hervorragend als Standort für Start-ups und Ausgründungen neuer Unternehmen aus

den Hochschulen. Coherent und Nik Software sind beeindruckende Beispiele, was durch die Arbeit des TZL hier möglich gemacht wurde. Diese Arbeit wollen wir fördern und ausbauen. So werden wir uns dafür einsetzen, die Büroflächen des TZL im Zuge der Überplanung des Universitätscampusses erweitern zu können. Ein zentrales Anliegen von neu gegründeten Start-ups ist die Anschlussfinanzierung. Hierfür wollen wir die Etablierung eines Fonds für Startup-(Fremd-)Kapital in Lübeck prüfen, idealerweise durch Kooperation mit Lübecker Firmen und Finanzinstituten der Hansestadt.

Zentral für die Ansiedlung von Unternehmensgründer*innen und Start-ups in Lübeck ist die Möglichkeit, qualifiziertes Personal zu finden. Häufig durch Einwanderung. Hier kann die Hansestadt wertvolle Unterstützung leisten durch Hilfestellungen für die speziellen Bedürfnisse von Start-ups bei der Bewältigung der bürokratischen Anforderungen der Einwanderung und des Ankommens in Lübeck, wie etwa bei der Suche nach Wohnraum in den ersten Monaten.

Städtische Gesellschaften

Die städtischen Gesellschaften haben eine Gemeinwohlverpflichtung, die stärker in den Vordergrund rücken sollte. Primäres Ziel darf nicht die höchste Gewinnausschüttung, sondern sollte das gemeinschaftliche Wohl der Hansestadt Lübeck und deren Bewohner*innen sein.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die städtischen Gesellschaften die Lübecker Klimaziele erfüllen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich steigern und diverser werden, indem sie den Anteil von Mitarbeiter*innen und Führungskräften mit Migrationshintergrund erhöhen. Dafür werden wir die städtischen Unternehmen im Lübecker Public Corporate Governance Kodex (PCGK) darauf verpflichten, individuelle Jahresziele für diese drei Unternehmensziele anzugeben, Maßnahmen zu erarbeiten, um diese Ziele zu erreichen und jährlich über die Auswirkungen ihrer Maßnahmen zu berichten.

Gewerbeflächen und Unternehmensansiedlungen

Wir sehen die Notwendigkeit, für die Wachstumsbedürfnisse der Lübecker Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen zusätzliche Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist es unser Ziel, den Flächenverbrauch für neue Gewerbeflächen zu reduzieren. Wir fordern daher eine Umkehr in der bisherigen Gewerbeflächenpolitik und wollen bei der Ansiedlung von Unternehmen von Quantität zu Qualität umschwenken. Die Vergabe unserer knappen Gewerbeflächen soll dabei auf Basis objektiv nachvollziehbarer Kriterien an ausgewählte Unternehmen erfolgen, die ganzheitlich einen möglichst hohen Beitrag zur ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklung Lübecks leisten. Zudem wollen wir neue Gewerbeflächen vor allem durch Innenentwicklung, Nachverdichtung und die Reaktivierung von Brach- und ehemaligen Industrieflächen

151 schaffen und so die Versiegelung neuer Flächen im Außenbereich auf ein Minimum
152 reduzieren. Die per Grundlagenbeschluss für den neuen Flächennutzungsplan
153 beschlossenen Gewerbeflächen von ca. 320 ha im Außenbereich halten wir vor
154 diesem Hintergrund für exzessiv und werden uns für signifikante Korrekturen
155 einsetzen.

156
157 Bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete ist uns wichtig, die Bürger*innen
frühzeitig und umfangreich zu beteiligen.

158 **Finanzen**

159 Lübecks finanzielle Lage hat sich in den vergangenen Jahren durch harte
160 Sparanstrengungen, die Teilnahme am Konsolidierungsprogramm des Landes und den
161 damit verbundenen Zuschüssen und eine erfreuliche konjunkturelle Entwicklung
162 kontinuierlich verbessert. In den vergangenen sieben Jahren wurden so jeweils
163 deutliche Haushaltsüberschüsse erzielt und der Schuldenstand hat inzwischen ein
164 akzeptables Niveau erreicht. Wir setzen uns für eine nachhaltige Finanzpolitik
165 ein und fordern eine weitere Reduzierung dieses Schuldenstandes, auch um gegen
166 steigende Zinsen immun zu werden. Das Tempo der weiteren Nettoschuldentilgung
167 sollte jedoch abgewogen werden mit den substantiellen finanziellen
168 Herausforderungen, denen Lübeck sich gegenüber sieht. Die sich aus geringeren
169 Überschüssen und einer reduzierten Tilgung ergebenden finanziellen Spielräume
170 wollen wir entsprechend dieses Programmes vor allem für notwendige Investitionen
171 in unterfinanzierte Bereiche wie Klimaschutz, Bildung, Mobilität,
172 Kinderbetreuung und ein leistungsfähiges Gemeinwesen verwenden.

173 **Steuern**

174 Auch durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite des Haushaltes wollen wir
175 zusätzliche finanzielle Spielräume für die notwendigen Investitionen generieren.
176 So fordern wir zu einem geeigneten konjunkturellen Zeitpunkt die Einführung
177 einer Bettensteuer, die von Übernachtungsgästen im Lübecker Stadtgebiet zu
178 zahlen ist, und die in sehr vielen deutschen Städten inzwischen zum Standard
179 geworden ist. Die Bettensteuer dient insbesondere dazu, auch Touristen an der
180 Finanzierung der von ihnen genutzten Kulturangebote, Infrastruktur und
181 städtischen Dienstleistungen zu beteiligen.

182 Sobald die rechtliche Klärung es ermöglicht, werden wir uns für eine
183 Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild einsetzen. Hierbei wird die Verwendung
184 von Einwegverpackungen in der (System-)Gastronomie besteuert, um einerseits
185 lenkend das Müllaufkommen zu reduzieren und andererseits, um nach dem
186 Verursacher*innenprinzip die Müllverursacher*innen an den Kosten der
187 Müllbeseitigung zu beteiligen, die bisher die Entsorgungsbetriebe und damit alle
188 Lübecker*innen über ihre Müllgebühren tragen.

Im Rahmen der bundesweiten Neuregelung der Grundsteuer (voraussichtlich ab 2025) werden wir uns dafür einsetzen, dass wir den kommunalen Hebesatz so anpassen, dass das Steueraufkommen in Lübeck konstant bleibt. Dadurch ist sichergestellt, dass sich im Zuge der Reform die Eigentümer*innen mit geringerer Grundsteuer und solche mit Steuererhöhungen in Lübeck wertmäßig exakt die Waage halten. Eine Erhöhung des Aufkommens lehnen wir ab, da die Grundsteuer in der Regel an die Mieter*innen weitergegeben wird, so dass eine Erhöhung ganz direkt Wohnen in Lübeck für Eigentümer*innen und Mieter*innen verteuern würde.

Öffentliche Verwaltung und Digitalisierung

Personal

Nach Jahren des harten Sparkurses wurde das Personal der Verwaltung in den letzten Jahren wieder deutlich aufgestockt. Wir unterstützen diesen Kurs und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, die für eine moderne und leistungsfähige Verwaltung notwendige Personalausstattung aufzubauen und vorzuhalten.

Wir werden uns dafür einsetzen, den Anteil von Frauen an Führungspositionen zu erhöhen und die Diversität der Lübecker Verwaltung durch einen höheren Anteil an Migrant*innen unter Mitarbeiter*innen und Führungskräften zu steigern.

Während der Corona-Pandemie zwangsweise eingeführt, wird Home-Office seitdem vielfach zumindest in Teilen der Arbeitszeit genutzt, weil sich dadurch Beruf und Privatleben besser verbinden lassen. In vielen Unternehmen und auch in Verwaltungen wird zudem zunehmend Desk-Sharing praktiziert, um Platz und Kosten zu sparen, aber auch um einen besseren Austausch der Mitarbeiter*innen durch wechselnde Sitzplätze zu fördern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in der Lübecker Verwaltung diese modernen Arbeitsformen den Mitarbeiter*innen in Kombination angeboten werden, wo dies organisatorisch und rechtlich möglich ist.

Verwaltungsgebäude

Für die Akquisition und dauerhafte Bindung guter Mitarbeiter*innen ist ein gutes räumliches Arbeitsumfeld zentral, aber leider in weiten Teilen der Lübecker Verwaltung nicht gegeben. Wir fordern daher fortlaufende Investitionen in die Modernisierung der Lübecker Verwaltungsstandorte und -immobilien. Wir bevorzugen die Sanierung und den Ausbau bestehender Standorte, wie etwa in der Dr.-Julius-Leber-Straße, gegenüber einem Verwaltungsneubau außerhalb der Innenstadt.

Beschaffung

In der städtischen Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen werden wir uns für anspruchsvolle ökologische und soziale Standards sowie Standards des fairen Handels über die gesamte Lieferkette hinweg einsetzen, die auch den Transport

beinhalten. Lübeck als "Fairtrade Stadt" muss bei der Beschaffung mit gutem Beispiel voran gehen und Produkte nutzen, die ohne Kinderarbeit, umweltschädliche Produktion und Abfälle erzeugt werden. Diese Beschaffungskriterien wollen wir verschärfen und verpflichtend machen. Eine Vergabe ausschließlich an tariftreue Anbieter ist für uns selbstverständlich.

Digitalisierung und Smart City

Die digitalen Dienste der kommunalen Verwaltung stellen oft den ersten Kontaktpunkt der Bürger*innen mit dem digitalen Staat dar. Wir begrüßen daher die Anstrengungen der Verwaltung, ihre Abläufe zunehmend digital zu organisieren sowie zu modernisieren und freuen uns über die Möglichkeiten, die die Smart City Plattform den Lübecker Bürger*innen und Unternehmen zunehmend bietet. Wir fordern hier zukünftig insbesondere eine Beschleunigung der Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen und Amtsgeschäften, die auch den Bürger*innen einen Nutzen bieten, etwa durch vermehrte Möglichkeiten, Behördengänge bequem online erledigen zu können. Um die Digitalisierung vollumfassend in der Verwaltung zu integrieren, fordern wir, dass Lübeck eine E-Government-Strategie erarbeitet, die die Prozesse der Mitarbeiter*innen, den Nutzen für die Bürger*innen in den Vordergrund stellt und Zuständigkeiten klarer darstellt. Hierbei soll aus der Erfahrung von anderen Kommunen gelernt und Prozesse sowie Strategien übernommen werden. Hierzu gehören unter anderem die verpflichtende Einführung von elektronischen Akten, die Weiterbearbeitung von Anträgen auf digitalem Weg sowie die Einführung eines zentralen Bürger*innenpostfaches. Eine vorbildhafte Einhaltung des Datenschutzes ist für uns dabei selbstverständlich.

Wir fordern, dass Lübeck sich an den Open-Source- und Open Data-Strategien des Landes orientiert und sich dem erfolgreich eingeschlagenen Weg anschließt. Öffentliche Daten, die Lübeck sammelt, sollen Bürger*innen kostenfrei über die Open Data- Plattform des Landes bereitgestellt werden.

Bürger*innenbeteiligung

Die etablierten Werkzeuge der Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen erreichen längst nicht alle Menschen. Ein signifikanter Anteil der Bevölkerung partizipiert nicht an unserem Gemeinwesen. Wir setzen uns daher für eine Bürger*innenbeteiligung ein, die alle Menschen mitnimmt. Hierfür müssen wir neue Wege beschreiten.

277 Bürger*innenräte

278 Ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der politischen Partizipation können
279 Bürger*innenräte sein, deren Zusammensetzung zufällig ermittelt wird. Dadurch
280 wird eine soziale Durchmischung und eine Teilnahme von Menschen erreicht, die
281 ansonsten nicht teilnehmen würden. Bürger*innenräte haben eine beratende
282 Funktion und werden für spezifische Fragestellungen einberufen. Wir werden
283 Bürger*innenräte zu geeigneten Themen beantragen.

284 Stadtteil- und Jugendbudgets

285 Wir werden uns für Pilotprojekte zum Ausprobieren von Stadtteilbudgets
286 einsetzen. Dabei werden Entscheidungen über die Verteilung eines extra Budgets
287 für Maßnahmen im jeweiligen Stadtteil durch Anwohner*innen vor Ort getroffen.
288 Analog dazu wollen wir auch ein Jugendbudget ausprobieren, bei dem
289 Vertreter*innen von Jugendorganisationen über Maßnahmen für Jugendliche
290 entscheiden.

291 Transparenz der Kommunalpolitik

292 Teilhabe und Transparenz in der Kommunalpolitik wollen wir dadurch verbessern,
293 dass Sitzungen der Bürgerschaft aufgezeichnet und im Internet öffentlich
294 einsehbar gemacht werden. Zudem wollen wir die digitale Teilnahme an
295 Gremiensitzungen ermöglichen, wenn es hierfür wichtige Gründe gibt.

296